

**Redebeitrag in der aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag am 21. Februar 2008 zum Thema
DKP/Die Linke:**

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst zu Herrn Maurer. Herr Maurer, Sie haben uns eben treuherzig erklärt, dass sich die Linkspartei mit den Verbrechen des Stalinismus ernsthaft auseinandergesetzt habe. Ich möchte daher zitieren, was die Kommunistische Plattform davon hält, einen Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus zu errichten. Die Kommunistische Plattform schreibt wörtlich: Ein Stein, der pauschal an alle erinnert, die unter Stalin zu Tode kamen oder Haftstrafen verbüßten, ist für uns inakzeptabel.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Das zeigt: Das Problem ist nicht nur die DKP. Die Kommunistische Plattform ist Teil der Linkspartei; das Problem ist somit die Linkspartei an sich.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das kann man an einem Artikel, der in der heutigen *taz* steht, wunderbar nachvollziehen. Die *taz* zitiert nicht nur Herrn Harms – der heute schon viel zitiert wurde –, sondern auch einen Kreischeff der Linken. Auch dieser singt allen Ernstes das Hohelied der DDR und der guten Seiten der Stasi. Wer meint, Frau Wegner, Herr Harms, die DKPler seien Ausrutscher auf den Listen der Linkspartei, der irrt gewaltig. Die DKP steht nämlich nicht links von der Linken; sie steht fest in deren Mitte.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Sie können Herrn Gysi ausrichten: Die DKPler wurden nicht etwa vom Verfassungsschutz auf Ihre Listen gesetzt, sondern von der Linkspartei selbst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Frage nach der historischen Einordnung der DDR, die Frage der Würdigung der Opfer des Kommunismus, die Frage nach der Abschaffung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, diese Fragen treffen Sie, meine Damen und Herren von der Linkspartei, mitten ins Herz; denn Sie haben sich bis heute nicht entschieden, ob Sie unsere Demokratie bloß reformieren oder ob Sie sie bekämpfen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Widerspruch bei der LINKEN)

Ich rede hier nicht, wie man vermuten könnte, von Standpunkten aus Zeiten des Kalten Krieges; ich rede von der Linken, wie sie sich heute darstellt. Schauen wir uns einmal die Programmatiken Eckpunkte an, die die Linken im Jahr 2007 beschlossen haben! Beispiel Nummer eins: Als mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion das größte Gegengewicht wegfiel, konnten sich die zerstörerischen Tendenzen des ungehemmten kapitalistischen Marktes immer mehr entfalten.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich halte fest: Die Linke bedauert den Zusammenbruch der Sowjetunion, weil diese angeblich die Marktwirtschaft in Schach gehalten hat. Das ist genau die Logik, der zufolge die Berliner Mauer ein antikapitalistischer Schutzwall war.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN)

Nichts anderes hat Frau Wegner gesagt. Ein weiteres Beispiel aus den Eckpunkten der Linken; es trifft den Kern dieser Debatte. Die Linke stellt die Frage: Inwieweit müssen dazu – es geht um die, wie es heißt, Demokratisierung der Wirtschaft – auch kapitalistische Eigentumsverhältnisse aufgehoben werden?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir dürfen uns nichts erzählen lassen! Es geht hier nicht um Art. 14 Abs. 2 des Grundgesetzes – Sozialpflichtigkeit des Eigentums –, sondern um einen Kern unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, nämlich um das Recht auf Eigentum.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

An dieses Eigentum will die Linke ran. Ich habe hier einen Wahlkampfflyer der Hamburger Linken, die nächsten Sonntag zur Wahl stehen. Da schreibt die Linke ganz offen: Deshalb liegt unser Ziel im Aufbau eines demokratischen Sozialismus, – gut, das möchte unser Koalitionspartner auch –

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

in dem das Privateigentum an Produktionsmitteln überwunden ist. Im Klartext: Die Sozialisten wollen die Enteignung der großen und kleinen Unternehmen von Maschinen und Grundeigentum. Sie fordern die Enteignung des kleinen Handwerkers von nebenan. Sie fordern volkseigene Betriebe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der LINKEN)

Das ist es, was mir wirklich Sorgen macht. Es wäre anmaßend, jemandem vorzuwerfen, dass er in der SED war. Es wäre sicherlich auch falsch, zu sagen, jeder Wähler der Linkspartei wolle, dass die Handwerker enteignet werden. Aber wenn in einem Programm der Linken aus dem Jahr 2007 ernsthaft wieder der Niedergang der kommunistischen Sowjetunion betrauert und über eine Enteignung von Unternehmern nachgedacht wird, dann zeigt dies eines: Unser Problem sind nicht Frau Wegner und Herr Harms von der DKP, sondern unser Problem ist die Linkspartei an sich, weil sie nichts gelernt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)